

Arbeitszeitreform: Zeit für Umsetzung

Forum Musikwirtschaft fordert Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte auf Grundlage des Koalitionsvertrags

Berlin/Hamburg, 21. Januar 2026 – Die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes darf kein politisches Versprechen bleiben. Das Forum Musikwirtschaft fordert die Bundesregierung auf, die angekündigte Modernisierung des Arbeitszeitrechts konsequent umzusetzen. Nachdem das Thema im Herbst politisch aktiv aufgegriffen und mit hohen Erwartungen verbunden wurde, sind zu wenig Entwicklungen erkennbar. Für die Musikwirtschaft und andere projekt- und produktionsbasierte Wirtschaftsbereiche wäre eine Hängepartie wirtschaftlich fatal.

Reform im Interesse der gesamten Musikwirtschaft

Die Reform des Arbeitszeitrechts liegt im Interesse der gesamten Musikwirtschaft. Ihre einzelnen Teilbranchen sind entlang komplexer Wertschöpfungsketten eng miteinander verflochten – von Produktion und Vermarktung über Management, Verlage und Merchandising bis hin zu Live-Formaten. Starre arbeitszeitrechtliche Vorgaben bremsen Planung, Abläufe und wirtschaftliche Tragfähigkeit über Branchengrenzen hinweg.

Besonders augenfällig im Kulturveranstaltungsbereich

Besonders deutlich zeigen sich die Defizite des geltenden Arbeitszeitrechts im Kulturveranstaltungsbereich. Konzerte, Festivals und Tourneen folgen keinem klassischen Acht-Stunden-Tag. Auf- und Abbau finden häufig nachts statt, Veranstaltungen enden spät, Produktionen laufen in eng getakteten, projektbezogenen Zeitfenstern – teils über mehrere Tage hinweg. Die Fixierung auf eine tägliche Höchstarbeitszeit wird dieser Realität nicht gerecht und führt in der Praxis zu Rechtsunsicherheit für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen.

Klare Forderung: Wochenarbeitszeit statt Tageshöchstgrenze

Aus Sicht des Forum Musikwirtschaft braucht es einen grundlegenden Perspektivwechsel im Arbeitszeitrecht. Statt starrer Tageshöchstgrenzen fordert das Forum eine flexible Ausgestaltung auf Wochenbasis mit einer Höchstarbeitszeit von bis zu 60 Stunden – bei der trotzdem die europarechtlich bestätigte Durchschnittsarbeitszeit von maximal 48 Wochenstunden gewahrt bleibt. Dieses kann durch klare Ausgleichsmechanismen, Zeitkonten und verbindlichen Freizeitausgleich gewährleistet werden und auf freiwilligen, einvernehmlichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber*innen und Beschäftigten beruhen – bei gleichzeitiger Beibehaltung der gesetzlichen Ruhezeiten. Dies liegt auch im Interesse der Beschäftigten, da flexible Wochenarbeitszeiten Selbstbestimmung und Gesundheitsschutz stärken. Ein solches Modell schafft Rechts- und Planungssicherheit und trägt den Realitäten projektbasierter Arbeitsprozesse in der Musikwirtschaft Rechnung.

Erprobte, EU-konforme Lösungen ermöglichen statt blockieren

Die Vorschläge des Forums orientieren sich an EU-rechtskonformen Modellen, etwa am österreichischen Arbeitszeitrecht, sowie an bestehenden Tarifregelungen für die Film- und Fernsehproduktion. Beide Beispiele zeigen, dass Flexibilität und Schutz vereinbar sind. Gerade weil die Musikwirtschaft kleinteilig, projektbezogen und vielfach nicht tarifgebunden ist, braucht es eine gesetzliche Lösung jenseits klassischer Sozialpartnerschaften.

Notwendige Reformen dürfen vor diesem Hintergrund nicht an Blockaden einzelner Akteur*innen scheitern. Dabei ist sich die Branche einig, dass es nicht um das Absenken von Schutzstandards und Arbeitnehmerrechten geht, sondern um die Anerkennung der Produktionsrealitäten in der Kultur, um wirtschaftliche Tragfähigkeit, faire Arbeitsbedingungen und das legitime Recht aller Beteiligten auf Rechtssicherheit. Das Forum Musikwirtschaft bietet hierfür ausdrücklich den Dialog an und bringt seine juristische und branchenspezifische Expertise etwa mit einem gemeinsamen [**Positionspapier**](#) aktiv in den weiteren Prozess ein.

Von der Ankündigung zur Umsetzung

Die Modernisierung des Arbeitszeitrechts ist ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Kultur- und Kreativwirtschaft. Jetzt ist die Politik gefordert, Ankündigungen in konkrete Regeln zu übersetzen. Die Branche wartet nicht auf neue Signale – sondern auf Umsetzung.

Kontakt:

www.forum-musikwirtschaft.org

Das **Forum Musikwirtschaft** besteht aus den sieben maßgeblichen Verbänden des Wirtschaftsbereichs. Im Einzelnen sind dies der [**BDKV**](#) (Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft), der [**BVMI**](#) (Bundesverband Musikindustrie), der [**DMV**](#) (Verband Deutscher Musikverlage), [**IMUC**](#) (Interessenverband Musikmanager & Consultants), [**LIVEKOMM**](#) (Verband der Musikspielstätten in Deutschland), [**SOMM**](#) (Society Of Music Merchants) und der [**VUT**](#) (Verband unabhängiger Musikunternehmer*innen). Es umfasst damit die wesentlichen Sektoren der Musikwirtschaft, die durch ihre komplexen Wertschöpfungsstrukturen eng miteinander verzahnt sind. Das Forum versteht sich als Diskursraum, in dem zentrale Themen der Musikwirtschaft identifiziert und erörtert werden, um sie an die Politik und die Öffentlichkeit zu adressieren. Die Kooperation ist getragen von dem Verständnis, sich auch mit anderen Marktteilnehmenden auszutauschen und damit situationsabhängig die Sicht aller Branchenakteur*innen in ihrer Gesamtheit zu reflektieren. Das Forum versteht sich nicht als Dachverband der Branche. Vielmehr werden gemeinsame Themen gemeinschaftlich nach außen getragen, wobei jeder Verband dabei vorrangig die Interessen seiner Mitglieder vertritt und für diese spricht. Das Forum Musikwirtschaft ist dem kulturellen und sozialen Wert der Musik in der Gesellschaft verpflichtet ebenso wie der Gestaltung der Branche nach den Grundsätzen ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit.